Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 85 (2005)

Heft: 10-11

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

von Parteien propagierten «objektiven Interessen» hinaus, relativ und umstritten bleiben. Im deutschen Falle stehen zwei Probleme zur Lösung an. Zum einen ist im Mehrebenensystem der EU selbst deren grösster Staat nicht mehr in der Lage, die Interessen seiner Bürger allein zu definieren: «an vielen Bahnhöfen, wo deutsche Interessen verladen werden, sind die Züge nach Europa längst abgefahren.» Während andere das Ende nationalstaatlicher Souveränität in Europa beschwören, bleibt der Staat für Schwarz die massgebliche politische Handlungseinheit. Hier liegt das zweite Problem: die Formulierung deutscher Interessen scheint der political correctness zu widersprechen, weswegen das traditionelle Gleichgewicht aus Werten und Interessen in der Politikentwicklung in eine Schieflage geraten sei. Auf der Suche nach den deutschen Interessen muss sich die deutsche classe politique, so Schwarz, «lauter unkorrekte Fragen» stellen, insgesamt neun an der Zahl.

Der Reihe nach werden Chancen und Gefahren für eine Neuorientierung deutscher Aussenpolitik aufgezeigt. Europa und Amerika bleiben die Hauptbezugspunkte auf dem neuen Kompass, und für den Kenner der Politik Adenauers bleibt klar, dass beide Pole einander nicht ausschliessen. Wie sich Adenauer eine europäische Integration nicht ohne das Wohlwollen der USA vorstellen konnte, muss auch für Schwarz der Bezugspunkt USA wieder die gebotene Gewichtung erfahren. Schonungslos zeigt Schwarz deutsche Abhängigkeit sowohl von der wirtschaftlichen als auch der militärischen Potenz Amerikas auf, die allein es vermag, im Hinterhof Europas humanitäre, im nahen und fernen Osten sicherheitspolitische Ziele zu verfolgen. Der Versuch, sich – in Form von Frankreich, Russland und China – anderen Partnern zuzuwenden, erscheint von dieser Warte aus als geradezu töricht - und hier lässt das Selbstvertrauen des Autors in die Richtigkeit seiner Argumentation die eigene Fabulierlust mitunter arg ins Kraut schiessen: «Doch der Verdacht ist nicht abzuweisen, dass sich Deutschland wieder einmal mit den Leichtgewichten zusammentat, um mit dem stärksten Matrosen im

Lokal Krach anzufangen.» So argumentiert Schwarz, nicht oft, aber hin und wieder, unter seinem eigentlichen Niveau.

Einen schlechteren Partner als Chiracs Frankreich hätte Schröder 2002 kaum finden können. Nicht nur mit überkommenen neogaullistischen Grossmachtphantasien kann Schwarz nichts anfangen, für ihn liegt der Knackpunkt in einer unterschiedlichen Interessenausrichtung. Während sich Berlin für eine Stärkung der supranationalen Ebene einsetzt, wird Europa in Paris eher als Vehikel für staatsinterventionistische Industriepolitik gesehen. Als das französische Kalkül aufging, den deutschen Wirtschaftsriesen in der EG zu domestizieren, konnte man in Paris ungehindert egoistische Politik unter Verletzung des liberalen Geistes des Binnenmarktes betreiben. Da wichtige Politikvorhaben aber nicht auf die nationale Ebene zurückverlagert, sondern in Brüssel schubladisiert wurden, war Stillstand die Folge. Auf den Partner wurde dabei (etwa im Fall Alsthom/Siemens) keinerlei Rücksicht genommen. Liegt das im deutschen Interesse? Jeden-

